



Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

sehr geehrter Herr Bürgermeister,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

zu den Aufgaben des Rates gehört alljährlich die Verabschiedung des Haushaltsentwurfes für das kommende Jahr. Eine Aufgabe, die zunehmend komplexer und anspruchsvoller wird, nicht nur auf Grund der Fülle der zu bearbeitenden Daten, sondern auch weil Einnahmen- wie Ausgabenfelder sich permanent bedingen, ergänzen oder ausschließen. Wenig hilfreich sind da Mitteilungen der Bezirksregierung wie vom letzten Dienstag, dass man sich verrechnet habe. Für uns als ehrenamtliche KommunalpolitikerInnen sind die Haushaltsberatungen eine immer zeitintensivere Mammutaufgabe, die wir nach bestem Wissen und Gewissen zu lösen versuchen.

Auch in diesem Jahr hatten wir dabei wieder die Unterstützung der MitarbeiterInnen der Verwaltung, sei es in den Ausschüssen oder auch bei unserer Haushaltsklausur, wo Kämmerer Dirk Meussen persönlich unsere Fragen beantwortete. Dafür möchten wir Ihnen allen ausdrücklich unser herzliches „Danke schön“ sagen.

1

Lassen Sie mich mit Worten des Dalai Lama beginnen, sie werden helfen, unsere Entscheidung zu verstehen:

„Begegnen wir Problemen voller Hoffnung und Optimismus, lassen sie sich begrenzen.“

Im kommenden Jahr rechnet die Kämmerei in der 5. Fortschreibung des Haushaltsanierungsplanes im Ergebnisplan mit Erträgen von 99.687.242 Mio € und Aufwendungen 102.020.078 €. Der kalkulierte Fehlbetrag beläuft sich auf 2.332.836 Mio €. Die Allgemeine Rücklage, die nach den Planzahlen zu Beginn 2017 rund 35 Mio € beträgt, wird um diesen Fehlbedarf minimiert. Wir stellen fest, dass seit Beginn des Stärkungspaktes NRW, die Entwicklung der Rücklage sich jedes Jahr deutlich verbessert hat, auch entgegen der prognostizierten Zahlen. Die Untergrenze für die Allgemeine Rücklage wird nach Aussagen des Kämmerers 30 Millionen € nicht unterschreiten. So können wir heute quasi nach 4 Jahren Stärkungspakt feststellen, er wirkt. Das Instrument Stärkungspakt und die zur Verfügung gestellten Landesmittel sind Grundlage zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes.

Klar ist aber auch, dass insbesondere die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt ganz wesentlich mit ihren Steuern, Beiträgen und Gebühren zur finanziellen Handlungsfähigkeit dieser Stadt beitragen. Grundsteuer- und Gewerbesteuersätze sind hoch. Erlauben Sie mir



an dieser Stelle eine kurze Anmerkung: Sollte das Bundesfinanzministerium unter Wolfgang Schäuble seine Ankündigung zur Reform der Einheitswertberechnung in Kürze realisieren, droht gerade auch hier in Haltern den EigentümerInnen von ehemaligen sogenannten Selbstversorger-Grundstücken, denken wir an die Bautätigkeiten der 1920er, 1930er, 1950er und 60er Jahren, bei unseren Hebesätzen ein finanzielles Fiasko. Hier gilt es, durch die kommunalen Spitzenverbände Einfluss zu nehmen, Hebesätze zu senken und/oder Teilungen von Grundstücken und Hinterlandbebauungen positiv gegenüber zu stehen.

Zurück zum Stärkungspakt: 2012 140 Maßnahmen beschlossen, davon 120 Maßnahmen und 87% des Zielvolumens in 2016 erreicht. Nun könnten wir uns gegenseitig auf die Schultern klopfen und sagen, gut gemacht. Ja, es ist gut, dass diese Ziele gemeinsam beschlossen wurden und nein, es ist nicht verwerflich, die Pfade, die zum Ziel führen sollen, politisch zu diskutieren. Argumente auszutauschen. Deshalb ist der politische Mitbewerber nicht zu belächeln oder gar zu diskreditieren. Es gehört zum Wesen unserer Demokratie, sich über unterschiedliche Strategien, Schwerpunkte und Prioritäten sachlich auseinanderzusetzen.

In einer Folie zu seiner Haushaltsrede stellte Kämmerer Dirk Meussen, die Plan- und Rechnungsergebnisse der zurückliegenden Haushaltsjahre vor: in der Regel zeigten die tatsächlichen Rechnungsergebnisse der letzten Jahre eine jeweilig um 3 bis 4 Millionen € hohe Verbesserung zu Gunsten des städtischen Haushaltes. Auf Rückfrage in unseren Haushaltsberatungen wurde uns erklärt, dass der eingerechnete Sicherheitspuffer pro Jahr 2 – 6% betrage. Und ich sage ausdrücklich „Sicherheitspuffer“ und nicht den von einem meiner Fraktionsmitglieder benutzten und vom Kämmerer wenig gern gesehene Begrifflichkeit „Luftnummer“. So hilft dieser sogenannte „Sicherheitspuffer“ auch die Kosten für die Einstellung weiterer Rettungskräfte im Haushalt 2017, und auch hier zitiere ich den Verwaltungsvorstand, „zu etatisieren“.

2

Dass Sie mich richtig verstehen, wir stehen zu unserer Feuerwehr und erkennen die Notwendigkeit an, denn zum Schutz der Bevölkerung und zur Eigensicherung der Männer und Frauen sind die Neueinstellungen erforderlich.

Aber der nicht vorhandene Deckungsvorschlag, eine Kritik, die sonst immer gern der SPD-Fraktion zuteilwird, und die Möglichkeit zur, sagen wir mal, *schlichten Etatisierung* durch die Verwaltungsspitze zeigen, es gibt Spielräume. Zugegeben, diese Spielräume sind nicht erheblich, aber es gibt sie. Da hakt es wohl eher am politischen Willen oder an den geschmiedeten Bündnissen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns diese bescheidenen Handlungsspielräume nutzen, um in Haltern am See verbesserte Betreuungs- und Bildungsangebote zu kreieren. Wir bauen in 2017 mit Hilfe des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes, immerhin rund 930.000 € vom Bund durch das Land an die Stadt gereicht, eine zusätzliche Kindertageseinrichtung an der Martin-Luther-Schule. 65 zusätzliche Plätze, die bei weitem



nicht ausreichend sind, um den großen Bedarf in Haltern zu decken. Die SPD-Fraktion hat im Ausschuss für Generationen und Soziales im Rahmen der Haushaltsberatungen, zum Bau einer weiteren Einrichtung geraten. Auch die Fraktion der Grünen steht diesem Ziel positiv gegenüber (zumindest im AGS). So dass auch der Bürgermeister sich die Umsetzung für 2018 vorstellen kann. Dann wird es aber höchste Zeit. Seit Jahren ist diese Planung zu defensiv betrieben worden. Die Zahl der Kinder, die in der Tagespflege untergebracht werden müssen, ist stetig wachsend, die Kosten rund 3x so hoch wie ein Kita-Platz. Für 2017 sind rund 870.000 € veranschlagt und bis 2020 auf knapp 1 Millionen € anwachsend. Das ist viel Geld, das nicht nachhaltig investiv eingesetzt wird. Das können und müssen wir ändern. Wenn in Halterns Westen jetzt das Tumuli-Feld erschlossen wird und wir mit weiteren jungen Familien dort rechnen dürfen, sollte in der Konsequenz genau dort eine weitere Kindertageseinrichtung gebaut werden.

Ja, und sie haben Recht, wenn Sie auf Grund des Rechtsanspruchs und KIBIZ die mangelnde Einhaltung des Konnexitätsprinzips beklagen. Das sehen wir genauso. Wir arbeiten auf allen Ebenen, um Verbesserungen zu erreichen.

Für die kommenden Jahre haben sowohl Bundes- als auch Landesregierung mit der Benennung der Förderprogramme „Gute Schule 2020“ einen ordentlichen Rahmen geschaffen, um sowohl Investitionen in die bauliche als auch in die digitale Infrastruktur zu tätigen. Der Schul-, Sport- und Kulturausschuss hat in seiner jüngsten Sitzung die Verwendung der Landesmittel in 2017 in Höhe von rund 650.000 € einstimmig für dringliche Sanierungsarbeiten in unseren Schulen beschlossen.

3

Als Schulträger ist die Stadt zudem verpflichtet, für die fortschreitende Digitalisierung – vom Glasfaseranschluss über die Ausstattung mit Rechnern und Whiteboards bis zur Anschaffung der notwendigen Software – Sorge zu tragen. Auch das ist Verantwortung für künftige Generationen – Kinder und Jugendliche für Ausbildung, Studium und Beruf fit zu machen, die besten Voraussetzungen zu geben. Deshalb muss neben den dringenden Renovierungsarbeiten an den Gebäuden die Digitalisierung vorrangig betrieben werden.

Auf allen politischen Ebenen arbeiten wir, um die jüngst aufgetretene OGS-Diskussion zu einem für die Eltern und Kinder positiven Ende zu führen. Die Ankündigung der Gemeindeprüfanstalt, in Haltern die Einhaltung des Erlasses zu „einer in der Regel regelmäßigen Teilnahme“ zu prüfen und die daraus für die Stadtspitze in einem Zeitungsinterview angekündigte „alternativlose“ ständige Teilnahme ohne Ausnahme haben die Eltern extremst verunsichert. Wir alle wollen eine qualitativ gute OGS. Wir alle wollen den Eltern und Kindern die Flexibilität geben, die sie brauchen. Genau das steht im Erlass. Auch die GPA sollte in Lage sein, das zu verstehen. Wir setzen uns bei der Landes- und Bezirksregierung und bei der SPD-Landtagsfraktion dafür ein.



Um möglicherweise dennoch entstehende pädagogische Betreuungslücken zu schließen, hat die SPD-Fraktion einen Antrag zum außerschulischen Angebot alternativer Betreuungen im Rahmen des Primarbereichs gestellt. Ihre Antwort: Kein Geld und keine Räume! Zum Thema Geld möchte ich an den voran ausgeführten Sicherheitspuffer erinnern. Zum Thema keine Räume: Beispiel Fusion Martin-Luther-Schule und Eichendorffschule: eine Mehrheit von CDU, Grüne, WGH und FDP beschließt eine Fusion ohne entsprechendes Raumkonzept für die OGS, die künftig von rund 170 Kindern in Anspruch genommen wird. Das kann nicht gehen! Da muss man die Hausaufgaben vorher machen.

Wer macht die Hausaufgaben?

Der Bürgermeister-Vorschlag zur Wiederwahl des Ersten Beigeordneten Hans-Josef Böing ist völlig überraschend am Votum der „Koalition der Vernunft“, aus CDU (17) und Bündnis 90/Grünen (7) +BM, gescheitert.

Zurzeit befinden wir uns auf der Suche nach einer neuen/neuem Technischen Beigeordneten. Zum jetzigen Zeitpunkt, angesichts des Endes der Bewerbungsfrist am 25.11.2016, scheint festzustehen, dass keine geeignete Bewerbung eingegangen ist. Die SPD-Fraktion hatte bereits im Vorfeld, auch auf Grund der negativen Erfahrungen der Nachbarstädte, für ein alternatives Verfahren geworben. Der begründete Alternativvorschlag liegt vor und sollte nunmehr abgestimmt werden.

Der Stellenplanentwurf sieht insgesamt moderate Anhebungen vor. Nicht alle frei werdenden Stellen werden, wie im Stärkungspakt beschlossen, nachbesetzt. Erhebliche Mehrbelastungen vor allem durch die Menschen, die neu zu uns gekommen sind, sei es bei der Schaffung von Wohnraum, Fragen der Integration, Sprache, Schule, Gesundheit etc pp müssen ebenso erledigt werden wie das bereits bekannte Tagesgeschäft. In seiner Stellungnahme weist der Personalrat deutlich darauf hin, dass die Belastungsgrenze der MitarbeiterInnen erreicht, zum Teil aber auch überschritten ist. Unsere Fürsorge muss auch den Beschäftigten gelten, Überforderung führt zu erhöhten Krankenständen, die wiederum zu Mehrbelastung für das verbleibende Personal werden. Ein Teufelskreis. Die SPD-Fraktion fordert daher die Verwaltung auf, diesem Kreislauf mit einem geeignetem Personal- und Aufgabenkonzept für die kurz- und mittelfristige Personalplanung unter Berücksichtigung des demographischen Wandels zu begegnen. Wir betrachten die Einstellung weiterer Nachwuchskräfte als ersten wichtigen Schritt und werden daher dem Stellenplan zustimmen.

Wir danken allen, haupt- wie ehrenamtlichen Kräften, die dazu beitragen, den Menschen, die neu zu uns gekommen sind oder noch kommen werden, zu helfen, sich in Haltern am See zu Hause zu fühlen. Ich finde es gut, dass Bürgermeister Klimpel zum Beispiel beim Sternmarsch des Bündnisses gegen Rechts Flagge zeigt! Danke schön! Wir sind es, die Nein zum Rassismus sagen und sagen müssen! Und wir sagen JA zu Toleranz, Respekt und Miteinander.



Der Rat der Stadt Haltern am See hat in diesem Jahr den Flächennutzungsplan beschlossen. Auf Grund der Vorgaben der Regionalplanung ist eine moderate Flächenentwicklung sowohl für Wohnbau- als auch für Gewerbeflächen möglich. Bisherige Kritiken, dass die Flächenentwicklungen im Vergleich mit der Nachbarstadt Dülmen, deutlich weniger möglich sind, blieben beim zuständigen RVR nicht ganz ungehört. Sollte begründet Mehrbedarf angezeigt werden, sei man in der Lage darauf positiv zu reagieren. Da können wir als Stadt nur hoffen, dass man sich zur gegebenen Zeit daran erinnert. Möglicherweise ist es dabei von Vorteil, dass der Chef des RVR-Parlamentes der Halterner Landtagsabgeordnete Josef Hovenjürgen ist.

Weitere Ansiedlungen von Handwerk und Dienstleistungsgewerbe, die Folgenutzung von AV 8 als Industriestandort müssen Priorität auf der Agenda der Verwaltungsspitze haben. Wir wollen auch in Haltern am See attraktive Arbeitsplätze anbieten und so die Stadt durch mehr Gewerbesteuerereinnahmen finanziell stärken. Investitionen in Infrastruktur, gerne auch möglich gemacht durch nationale und europäische Fördergelder, sind dazu ein wichtiger Baustein. Gute Wirtschaftsförderung zeichnet sich durch gute Netzwerkarbeit und Beratung aus. Interkommunale Kooperationen mit unseren Nachbarstädten, aber auch mit dem Kreis, sollten daher fester Bestandteil städtischer Wirtschaftsförderung sein.

Hinsichtlich der Ausweisung von Flächen für die Errichtung von Windenergieanlagen hat die Stadt Haltern am See vor dem Oberlandesgericht Münster eine empfindliche Niederlage hinnehmen müssen. Die städtische Planung wird als „Verhinderungsplanung“ angesehen und als Flächengemeinde sei es nicht ausreichend, nur den Energiebedarf der „eigenen“ Bevölkerung decken zu wollen. Schlecht beraten? Falsch beraten? Und das gleich 2Mal. Sie kennen die Geschichte. Doch wie gehen wir mit dem Gerichtsurteil um? Ergeben wir uns in unser Schicksal? Lassen wir den Kreis als Genehmigungsbehörde nun entscheiden, wo in Haltern am See Windenergieanlagen gebaut werden dürfen? Werden künftig auch Halterns Waldflächen Standorte für Windenergieanlagen? Umweltminister Rempel von den Grünen erklärt dazu in einem Interview in der Aachener Zeitung im August 2015: „NRW will bis 2020 rund 15 Prozent des Stroms aus Windenergie erzeugen. Dafür sollen 1,6 Prozent der Landesfläche für Windräder genutzt werden. Dafür brauchen wir eine vorsichtige Öffnung der Wälder.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die SPD-Fraktion befürwortet die Energiewende. Der mittelfristige Ausstieg aus den fossilen Energieträgern wie der Stein- und Braunkohle und darüber hinaus Gas und Öl, ist politisch gewollt. Wir wollen unseren Teil der Verantwortung dazu auch übernehmen. Aber wir wollen auch die Instrumente, die uns als Rat der Stadt befähigen, hier sachgerechte Entscheidungen zu treffen. Wir wollen nicht nur Zuschauer auf der Tribüne sein. Gespielt wird auf'm Platz. Denn Minister Rempel sagt im gleichen Interview auch: „Kommunen, die an entsprechenden Flächennutzungsplänen arbeiten, sollten diese weiterverfolgen. Wichtig ist uns, dass es nicht zu einem Wildwuchs der



Windräder kommt. Eine Tendenz, die gegenwärtig in Form privilegierter Bauvorhaben als Einzelfallprüfung zu beobachten ist.“

Die SPD-Fraktion wird daher kurzfristig beantragen, erneut in die Windvorrangzonenplanung für Haltern am See einzusteigen. Wir sehen es als sinnvoll an, sich von einem bisher nicht involviertem Sachverständigem dabei beraten zu lassen. Um einen Teil der dadurch entstehenden Kosten zu decken, schlagen wir vor, die Summe von rund 25.000 €, welche aus der Kostenausgleichsregelungs-Verordnung für durch das Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen entstandene kommunale Belastungen, der Stadt zugewiesen werden (für 2013 und 2014 komplett, anteilig 2012), zu verwenden.

Wir freuen uns, dass es mit vereinten politischen Kräften endlich gelungen ist, den Bahnhof Haltern am See so hoch auf die Agenda zu setzen, dass es vor einigen Monaten zum Spatenstich für die Park & Ride-Anlage auf der Südseite kam. Im Anschluss wird der Bahnhof auch von der Südseite erschlossen und Barrierefreiheit hergestellt. SPD-Landesminister Mike Groschek wurde sogar zum Lieblingsminister von Bürgermeister Klimpel. Vielleicht lässt sich diese Liebesbeziehung ja weiter ausbauen und mit vereinten Kräften von Bahn, Land, Kreis und hiesigen AkteurlInnen kriegen wir den Bahnhof in Sythen auch noch hin. Es wird höchste Eisenbahn, da der Planfeststellungsbeschluss nur noch bis Januar 2018 gültig ist.

Bekanntlich dauern städtebauliche Projekte in Haltern am See oftmals ein bisschen länger: beispielhaft seien nur das Schloss in Sythen, das Seniorenzentrum Alloheim und das Hotel Seestern genannt. Nach ursprünglichen Plänen zum Bau des Seniorenzentrums der Alloheim in Sythen sollten im Dezember 2016 die BewohnerInnen schon die erste Weihnachtsfeier im Hause feiern. War eigentlich schon das Richtfest?

Seit Sommer 2014 kennen wir, der Bürgermeister weiß es noch ein bisschen länger, das Vorhaben der Guten Botschafter, den Firmensitz zum Schloss Sythen zu verlegen. Viel weiter sind wir heute immer noch nicht. Auf Grund dieser Hängepartie schließt die Firmenleitung mittelfristig eine Verlegung des Firmensitzes in eine andere Stadt nicht aus. Und auch der Förderverein der Schlossfreunde weiß nicht, wie verlässlich halb öffentliche Versprechen des Stadtoberhauptes sind. Also, wohin soll die Reise gehen?

Hotel Seestern – Ein Inklusionshotel soll verwirklicht werden. Eine gute Idee, nicht weil es ein SPD-Antrag ist, sondern weil es eigentlich ein Alleinstellungsmerkmal für Haltern in der Umgebung hätte sein können. Ein Investor aus Telgte und ein Betreiber aus Essen hatten Interesse gezeigt. Auch hier haben unzählige Gespräche stattgefunden. Aber am Standort passiert nichts, die Ruine ist das unattraktivste Gebäude in der ganzen Stadt und das ausgerechnet am wunderbaren Stausee. Aber es kommt noch schlimmer, offensichtlich hat der Investor aus Telgte kein Interesse mehr auf Haltern am See zu warten, und wird nun, wie in der Stimberg Zeitung der letzten Woche zu lesen war, in unserer Nachbarstadt Oer Erkerschwick am Kirmesplatz in ein Inklusionshotel investieren.



Die Konkurrenz schläft nicht! Vertane Chancen für die Entwicklung unserer Stadt.

Natürlich kann man in diesem Jahr keine Haushaltsrede halten ohne über die Umlageverbände zu reden. Für den Emscher-Lippe-Verband bis zum Landschaftsverband Westfalen-Lippe sind mehr oder minder steigende Umlagen durch die beteiligten Städte bzw. Kreise leisten.

Was jedoch der LWL mit seiner Ankündigung, die Umlage für den Kreis Recklinghausen auf rund 170 Millionen €, entsprechen 17,85%, festzulegen, sich leistet, ist höflich mit Realitätsverlust zu beschreiben. Nicht nur, dass noch nicht verabschiedete Bundesgesetze als Grundlage für die Berechnung herangezogen werden, auch werden mögliche Puffer großzügig berechnet und das Eigenkapital nicht angetastet. Das kann's nicht sein! Natürlich sind wir froh über „unser“ Römermuseum und natürlich will niemand die Standards bei der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen senken. Aber man darf eben auch nicht so tun, als sei man auf rosigen Blütenblättern gebettet. Wir alle – die Bürgerinnen und Bürger, das städtische Personal und auch die Kommunalpolitik – spüren die Stacheln im Rosenbett. Wir unterstützen die Kritik der 10 Bürgermeister des Kreises Recklinghausen, die die Benehmensherstellung mit dem Kreis versagt hatten. In der Konsequenz ist es nun mehr als wichtig und richtig, dass der Kreis seine „Kriegskasse“ plündert und den Hebesatz auf 17,3% beschlossen hat. Damit ist die Kuh für 2017 vom Eis, aber es bleibt glatt, deshalb müssen wir als kommunal verantwortliche PolitikerInnen neben unseren eigenen Hausaufgaben, mit aller Vehemenz die bessere strukturelle finanzielle Ausstattung der Städte von Bund und Land einfordern. Natürlich helfen Fördermittel wie das Kommunalinvestitionsförderungsgesetz sowie die finanzielle Entlastung der Kommunen in den nächsten 4 Jahren durch den Bund. Programme für Integration und den Arbeitsmarkt sowie für Bildung und Städtebaufördermittel sind unbedingt notwendig, täuschen aber auch nicht über die strukturelle Unterfinanzierung hinweg. Nicht wahr, Herr Deitermann, Solidarfonds dürfen nicht nach Himmelsrichtung, sondern müssen nach Bedarf verteilt werden und das Konnexitätsprinzip muss gelten. Auch für Umlageverbände müssen die Maßgaben des Stärkungspaktes gelten. Ich denke, da besteht in diesem Rat große Einigkeit.

Lassen Sie mich mit dem großen Philosophen Aristoteles schließen:

„Wir können den Wind nicht ändern, aber die Segel anders setzen.“

Die SPD-Fraktion wird dem Haushalt 2017, der 5. Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes und dem Stellenplan trotz der gerade gehörten Kritik zustimmen. Der Haushalt ist geprägt von Pflichtaufgaben.

Ich hoffe und wünsche mir, dass wir im konstruktiven Diskurs, geprägt von Toleranz und Respekt, unsere Aufgaben im kommenden Jahr erledigen werden.



01.12.2016 Haushaltsrede Haushalt 2017 Beate Pliete, Fraktionsvorsitzende